



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Augen gab eine bestimmtere Antwort. Dann hob er die Deckel, die fortwährend neugierig in die Höhe sprangen, am Nacken empor, zeigte ihnen das Rindchen und sagte: Ja, guckts euch nur an! Das wird euer neuer Spielkamerad!

Frau Hinneburg nahm unter den Zeichen der tiefsten Rührung das Körbchen in ihre Arme und verschwand damit auf den Fußspitzen. Herr Schwabe aber trat ans Fenster, die Hände auf dem Rücken, und sah in die stille Christnacht hinaus. Es war eine merkwürdige Stimmung über ihn gekommen. Es war ihm, als hörte er fernes Glockenläuten und Orgelklang und als tönte ihm ein altes Weihnachtslied in den Ohren. Dann räusperte er sich und wandte sich in das Zimmer zurück. Da sah er die Milchflasche stehen. Er ergriff sie und eilte damit nach der Kammer der Frau Hinneburg. Er klopfte leise an die Thür, reichte die Flasche hinein und flüsterte: Recht sorgfältig, Hinneburgen, einen Teil Milch, drei Teile Wasser und immer nur aller zwei Stunden!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Arme Regenten! Um nicht ungerecht zu werden, weder gegen die Regierenden noch gegen die Parteiführer, muß man immer die großen Weltverhältnisse vor Augen haben, die uns alle sozusagen gefangen halten, und die der Gesetzgebung keinen Schritt gestatten, der nicht von tausenden als ein Unglück beklagt würde, Verhältnisse, die wir so oft schon dargelegt haben, und zwar mit Beziehung auf die jetzt schwebenden Gewerbefragen, im laufenden Jahre unter anderm in den Artikeln: Der menschliche und der unmenschliche Kampf ums Dasein (Nr. 5), Symbiose und Parasitismus (Nr. 29), Die Lage des Handwerks (Nr. 42 und 43). Wer das alles beachtet, der konnte sich unmöglich über die Einmütigkeit wundern, mit der alle Parteien die Böttcherschen Handwerkerkammern ablehnen; nur darüber muß man sich wundern, daß sich für den Antrag Hitze eine Mehrheit zusammensand, und daß demnach einer Kommission die unnütze Quälerei der Durchberatung zugemutet wird. Jetzt wartet man auf den Entwurf des Herrn von Berlepsch, der für die Handwerkerkammern den Unterbau einer „beruflichen“ und örtlichen Organisation darbietet; eine Resolution der Zentrumsparlei wird diese Organisation, verschönert durch den Zwang zum Beitritt und den Befähigungsnachweis, beantragen, diese Resolution wird die Mehrheit im Reichstage finden, und der Bundesrat wird sich zum zehnten- oder zwanzigstenmale vor die Entscheidung gestellt sehen, ob er den Zunftzwang wiederherstellen will. Armer Bundesrat! Das Netz der Abhängigkeiten in der modernen Gesellschaft ist so geartet, daß zwar seine Knoten verschoben, die Stricke aber, aus denen es besteht, nicht verlängert werden können. Jedes einzelnen Hals steckt in einer Masche. Fängt die Schlinge an zu drücken, und das kommt immer bei einigen tausenden oder hunderttausenden gleichzeitig vor, so schreien die Gewürgten; nun kommt eine wohlwollende Regierung und lockert die Maschen, aber das bewirkt natürlich eine Verengung andrer Maschen. Da

fangen dann wieder die darin steckenden an zu schreien, und so gehts immer im Kreise herum. Durch die Pläne „zur Rettung des Handwerks“ fühlen sich die Handwerker, denen es gut geht, die also die Schlinge am Halse gar nicht spüren, und deren giebt's Gott sei Dank nicht wenige, sehr ernstlich bedroht, und da das natürlich gerade die wohlhabendsten und einflußreichsten sind, so wird ihr Geschrei in den Ministerresidenzen sehr deutlich zu hören sein. Arme Regenten! Es verdient wahrhaftig alle Anerkennung, daß die Herren Minister den Mut nicht verlieren und immer wieder neue Entwürfe ausarbeiten, ja man erschrickt beinahe vor der Kühnheit des Herrn von Bötticher, der am 17. September erklärte: „Ich spreche noch einmal zu Ihnen, um den Herren, die sich so warm für die Handwerkerfrage interessieren, jeden Zweifel darüber zu nehmen, daß die Regierung fest entschlossen ist, diese Frage zu lösen.“ Fest entschlossen, die Handwerkerfrage zu lösen, von der jetzt niemand weiß, wie sie wohl gelöst werden könnte — das ist kühn!

Eine andre Seite der Schwierigkeit der allgemeinen Lage: die Unmöglichkeit unmittelbarer Einwirkung von Regenten und Regierten auf einander, ist dieser Tage in der Wiener Hofburg recht auffällig zur Erscheinung gekommen. Wie es bei den letzten galizischen Landtagswahlen zugegangen ist, haben die Grenzboten wenigstens angedeutet; unter anderm sind ganze Wählerschaften den Wahltag über eingesperrt worden, und andre, denen es gelang, bei der Wahl ihren Willen durchzusetzen, sind durch unangemeldete Steuerexekution bestraft worden; der Exekutor hat ihr Vieh von der Weide weg um ein Spottgeld an den mit ihm fahrenden Juden verkauft. Die polnischen Bauern konnten nicht daran denken, nach Wien zu reisen und sich beim Kaiser zu beschweren. Woher hätten sie den Mut und das Geld zur Fahrt nehmen sollen? Sie haben außer einigen mittellosen Litteraten niemand, der sich ihrer annähme. Früher war da noch der Pater Stojalowski, aber der ist nun unschädlich gemacht, und in der polnischen Geistlichkeit hat er keinen Anhang. Im „Kraus“ hat der Domherr Dprzebek am 25. September geschrieben (Pernerstorfer hat das am 16. Dezember im Abgeordnetenhause vorgelesen): „Der verfluchte Stojalowski, der Verräter! Es bleibt nichts übrig, als nach Teschen zu gehen, diesen Lumpen aus dem Kerker zu schleppen und lebendig zu pfählen. Doch auch das wäre eine zu milde Todesart für so viele Verbrechen. Verräter an eignen Vaterlande werden an einen Baumast aufgekniüpft wie Hunde.“ Man erinnere sich, daß dem Stojalowski von seinem Bischof das beste Zeugnis ausgestellt worden ist, und daß dem österreichisch-schlesischen Generalvikar kein schlechtes hat abgepreßt werden können.

Aber mit den Ruthenen war das doch anders. Die sind ein ganz unterdrückter Volksstamm, und es handelt sich nicht bloß um Bauern, sondern auch um eine Bürgerschaft (die freilich größtenteils aus Händlern, Advokaten und Litteraten zu bestehen scheint) und um die Geistlichkeit; und da von der galizischen Statthaltertschaft schlechterdings keine Gerechtigkeit zu erwarten ist, so lag der Gedanke einer Massendeputation an den Kaiser nahe; er war auch nicht unausführbar, da ja wohl die höhere Geistlichkeit den größten Teil der Kosten auf sich genommen haben wird. (Nach russenfreundlichen Blättern sollen die Gemeinden das Geld zusammengeschossen, einige Bauern bei der Ankunft in Wien keinen Pfennig mehr in der Tasche gehabt haben.) Doch sie hatten die Rechnung ohne Wadeni gemacht. Sie kamen, um den galizischen Statthalter Wadeni beim Kaiser anzuklagen, aber der Weg in die Hofburg führt für alle Leute, die nicht der Hofgesellschaft angehören, durch das Kabinet des Ressortministers, und das ist in diesem Falle der Ministerpräsident Wadeni. Dieser ließ sie nur unter der Bedingung ein, daß sie ihm ihre Beschwerdeschrift zur Korrektur und Redaktion vorlegten. Auch ließ er

nicht alle ein, sondern nur sechs: zwei Bauern, zwei Domherren und zwei „Bürgerdeputirte“ (Advokaten). Diese hatten die von Badeni redigirte Beschwerdeschrift contra Badeni zu überreichen, worauf der Kaiser die ebenfalls von Badeni redigirte Antwort zu erteilen hatte, sodaß die ganze Audienz kaum drei Minuten dauerte. Der Kaiser nahm die durch den modernen Amtsstil vorge schriebene Versicherung der Treue und Loyalität mit Befriedigung entgegen, sprach aber seinen Unwillen darüber aus, daß soviel Leute nach Wien gereist seien in einer Angelegenheit, für die einige wenige genügt hätten, und daß sich soviel Geistliche beteiligten zu einer Zeit, wo der Fürstbischof Sembratovicz im eben empfangnen Kardinalspurpur in seine Residenz einziehe. (Ist das nicht eine famose Auffassung der staatsbürgerlichen Pflichten?) Die Beschwerden, versprach der Kaiser, würden geprüft werden; die, wie es scheint, „nicht ganz unbegründeten“ Beschwerden, schreibt die Neue Freie Presse, nachdem die haarsträubenden Gewaltthaten ausführlich in einer Wiener Wochenschrift berichtet worden sind, der sonst in Presssachen so schneidige Wiener Staatsanwalt aber nicht dagegen eingeschritten ist, ohne Zweifel doch nur durch die Erwägung abgehalten, daß man es um keinen Preis zu einer öffentlichen Verhandlung der galizischen Wahlstandale vor Gericht kommen lassen dürfe. Und die Antisemiten, meint dieselbe Vertreterin des österreichischen Datschtums, hätten die Ruthenen gegen das verehrungswürdige Polenregiment aufgehetzt, während die Regierungspresse, d. h. also jetzt die Polenpresse, andeutet, das Geld zu der „Demonstration“ sei von Rußland gezahlt worden.

Nicht der Mensch Franz Josef ist es, der diese Audienz erteilt hat, auch nicht der landesväterlich gesinnte Monarch. Der würde sich gefreut haben, die sämtlichen 250 Mann einzulassen — sie konnten ja Filzschuhe über ihre Bauernstiefel bekommen, wie die Touristen, die sich den Weißen Saal in Berlin ansehen. Er würde ein paar Stunden unter ihnen herumgegangen sein, mit jedem über seine persönliche Lage und über die Verhältnisse des Landes geplaudert und so ein Bild von der polnischen Adels Herrschaft gewonnen haben. Er hätte u. a. erfahren, daß ein Magnat seine Arbeiter den ganzen Sommer über mit einem selbstgefertigten Papiergelde bezahlt, das keine galizische Kasse, geschweige denn eine außergalizische, nimmt. Und dann würde er die Leute in den Speiseaal geführt und ihnen ein Frühstück gegeben haben. Aber — armer Kaiser! — er darf nicht Mensch, nicht Landesvater sein. Der alte Fritz mit seiner übermenschlichen Energie durfte es noch versuchen, seine sechs Millionen Unterthanen selbst zu regieren, sich von einzelnen ihre Angelegenheiten vortragen zu lassen und mit dem Krückstock dreinzuschlagen, wenn der zuständige Beamte seine Sache schlecht gemacht hatte. Es war doch hübsch, als die Unterthanen noch denken durften: erlange ich nur Zutritt zum König, so ist mir geholfen! Der Russe denkt noch heute so, nur daß der Himmel so hoch und der Zar so weit ist. Aber einzelnen glückt doch, besonders in einem kleinen Lande. Wie hübsch sind die Anekdoten, die Hackert in seinen von Goethe herausgegebenen Tagebüchern vom König von Neapel erzählt! Könnte ich nur alles allein machen, seufzt Ferdinand einmal; und in der That, meint Hackert, wenn der König allein dirigirt, so geht es gut. Also Friedrich der Große konnte es mit seinen sechs Millionen noch versuchen; aber Franz Josef mit seinen vierundvierzig Millionen unter so viel verwickeltern Verhältnissen — nein, daran ist nicht zu denken. Regieren kann heute — soweit nicht die Mühe durch Selbstregierung erspart wird — nicht ein einzelner Mann, sondern nur eine bürokratisch-konstitutionelle Maschine, deren Gang durch Gruppen von Magnaten, Prälaten, Kommerzienräten, Bortenbaronen gelenkt wird. Versagen diese Herren den Dienst, so steht der Regent seinen Völkern wie ein hilfloses Kind gegenüber. Er darf also

gar nicht daran denken, sich von den „maßgebenden Preisen“ zu emanzipiren und etwa einmal über deren Köpfe hinweg frischweg mit seinen Unterthanen in unmittelbarem Meinungsaustrausch zu treten. Kurioses Bild! Dieser Monarch und diese Unterthanen, die einander in einem Saale gegenüber stehen, gern mit einander reden möchten und nicht dürfen!

Dabei fällt uns ein Geschichtchen vom vorigen Jahre ein. Im Dezember 1894 war der Kronprinz von Italien in Berlin und empfing da natürlich u. a. auch eine Abordnung der dortigen italienischen Kolonie. Der mitanwesende Berliner Korrespondent des Mailänder Secolo, Dalbelli, berichtete über die Audienz an sein Blatt — der Berliner Börsenkurier hat dann den Bericht übersezt — und fügte hinzu: „Dem Gesandten Lanza möchte ich sagen, daß wir Abgeordnete des Unterstützungsvereins erwarteten, über die moralischen und finanziellen Verhältnisse unsers Vereins befragt zu werden. Wir hätten dann Gelegenheit gehabt, dem Prinzen zu erzählen, wie viele unglückliche, unterstützungsbedürftige Italiener durch Berlin reisen, wie viel wir thun, und wie viel zu thun übrig bleibt. Das war eine schwere Unterlassungssünde.“ Also nicht einmal einem Prinzen gegenüber dürfen seine Landsleute, die er im Auslande trifft, den Mund aufthun, um über Dinge mit ihm zu sprechen, die ihnen am Herzen liegen, wenn sie nicht darnach gefragt werden, und der Prinz darf nur solche Fragen an seine Landsleute richten, die ihm der Agent der Regierung seines Landes in den Mund legt. Armer Prinz! Arme Regenten!

Die Börsenkrisis und die Grundschulden. Der Krach von 1873 war zum großen Teil durch das Vorhandensein vieler jungen Effekten erzeugt, die von vornherein nicht das wert waren, was sie kosteten, auf Unternehmungen gegründet, die von Anfang an notleidend waren. Dies gilt heute nur von einigen ungarischen Industrieaktien. Jetzt sind vielmehr alte, solide Wertpapiere so hoch getrieben, als wenn sie immer die Ausnahmedividende der letzten Hauffejahre bringen würden, und der Zinsfuß so niedrig bleiben würde wie in der letzten Zeit.

Ganz ähnliches ist mit Grundbesitz in Nordostdeutschland geschehen, nur daß sich bei ihm auf 40 bis 50 Jahre verteilt, was jetzt bei Wertpapieren oder Effekten nur 4 Jahre gedauert hat. Aber dafür ist der Grundbesitz höher gestiegen als die Effekten.

Ich nehme als Beispiel Mecklenburg, wo die Verkaufs- und Pachtpreise der Güter von 1840 bis 1878 bekannt sind und auch die Pachtabschlüsse im Jahre 1895, woraus ich die Kaufpreise für 1895 berechne. Setze ich den Verkaufspreis der Allodgüter in den Jahren 1840 bis 1844, 90400 Mark für die Hufe von etwa 185 Hektaren, gleich 100, so erhalte ich folgende Verkaufspreise für die Hufe:

1840 bis 1844	100
1845 „ 1849	108
1850 „ 1854	105
1855 „ 1859	153
1860 „ 1864	204
1865 „ 1869	192
1870 „ 1874	169
1875 „ 1878	181
berechnet	
1895	101

Setze ich die Preise von 1850 bis 1854, wo das Steigen der Güterpreise begann, gleich 100, so erhalte ich:

1850 bis 1854	100
1855 „ 1859	146
1860 „ 1864	199
1865 „ 1869	183
1870 „ 1874	161
1875 „ 1878	172
	berechnet
1895	97

Der Grundbesitz hat sich also in 40 Jahren, von 1854 bis 1895 bis zum Doppelten im Wert erhöht und hat nun diese Erhöhung wieder ganz verloren. Die Staaten, wenigstens Deutschland, Österreich, Frankreich, sind gegen die Ursache des Fallens der Güterpreise eingeschritten, ebenso wie gegen die Wertverminderung der Effekten 1873 und teilweise 1895. Die neuere wirtschaftliche Regierungspolitik geht also dahin, daß die Staaten das Steigen des Effekten- und Bodenwerts ruhig mit ansehen, das Fallen aber durch gesetzliche Maßregeln verhindern wollen, mögen diese nun in Schutzzöllen und Exportprämien für Landwirtschaft und Industrie, Getreidemonopol, Grundsteueraushebung oder andererseits in Zuwendung von Kassenbeständen an die Banken oder Effektenkäufen von den Banken bestehen. Wir können mit unsrer Rechtsauffassung dies Prinzip nicht billigen, und fleißige, langjährige Beobachtung hat uns überzeugt, daß Regierungen, die Preis- und Ertragsmaxima zu gewährleisten versuchen, diesen Zweck auf die Dauer nicht nur verfehlen, sondern die künstlich hinausgeschobne Krisis nur verschärfen und den schließlich doch eintretenden Preisfall tiefer machen, ganz auf die letzten Besitzer der Güter oder Wertpapiere abwälzen und mehr von ihnen ruinieren helfen, als ohne ihre Intervention bankrott geworden wären. So ist es 1873 auf dem ganzen Kontinent, so 1895 wenigstens in Ungarn und von 1891 bis Ende 1894 auch in Österreich und Frankreich in den Börsenkrisen der Fall gewesen, und ganz ähnlich haben agrarische Schutzzölle und Exportprämien die Lage der nordostdeutschen Großgrundbesitzer verschlimmert. Daß der Staat allgemein Wertmaxima festhalte, ist eine so thörichte Forderung, wie die, er solle alle Preise 50 oder gar 100 Prozent über dem Weltmarktpreis halten. An einem solchen Versuch muß er selbst bankrott werden. Daß der zur Erhöhung des Arbeitslohnes erfundene Staatssozialismus so von Börse und Grundbesitz ausgenutzt wird, ist sicher interessant; man wird aber sehen, daß er in dieser Form geradezu zum „Zukunftsstaat“ führt. Der Ranitzsche Antrag ist bereits reine Zukunftsmusik, wenn auch der Kapellmeister noch nicht Liebnecht heißt. Die phrygische Mütze mit neun Zacken dran!

Seitdem der Grundbesitz fast vollständig Ware, das Geschäft auf und in ihm kapitalistisch geworden ist, wird er natürlich auch in die Geldkrisen hineingezogen. Das wird sich bald zeigen. Vor fünfundzwanzig Jahren bekämpften hervorragende Führer der Konservativen das Entstehen der Hypothekenaktienbanken, besonders die „Preussische Zentralbodenkreditaktiengesellschaft.“ Sie ist nach dem Muster des Crédit Foncier gegründet und darf Bankgeschäfte machen, die natürlich ein Risiko mit sich bringen. Zwar sagte das Statut im § 8: „Die hinterlegten Hypothekensforderungen haften nicht für die sonstigen Verbindungen der Gesellschaft.“ Aber schon im Jahre 1870 wurde nachgewiesen, daß diese Bestimmung nach preussischen Gesetzen ungültig sei. Ob diese Gesetze oder jenes Statut seitdem geändert sind, ist uns unbekannt. Der Crédit Foncier war schon einmal am Umwerfen, weil er, infolge einer ähnlichen Ermächtigung, Börsengeschäfte zu machen, vollgeladen mit „Ägyptiern“ war. Nur die englische Besetzung und Verwaltung Ägyptens, die dessen Staatspapiere wieder „fein“ machte, rettete den Crédit Foncier und die bei ihm hängenden

Grundbesitzer vor einem furchtbaren Hypothekenkrach. Jetzt scheint er wieder in Schwierigkeiten zu sein, da die Regierung seinen Präsidenten, einen Hauptpekulant, abgesetzt hat. Unter allen Bemühungen der Agrarier, ihre Lage zu verbessern, anders als durch Meliorationen, Bewässerungen und Entwässerungen und Betriebsverbesserungen, Spekulationspeicher (von Graf), Doppelwährung (Graf Mirbach), Getreidemonopol (Graf Kanitz), halten wir ihre Börsenreformpläne (Graf Arnim-Muskau) für die aussichtsvollsten, sie müßten sich aber nicht auf die Produktenbörse beschränken. Sie sollten auch die Fondsbörse ins Auge fassen, wie es die Konservativen schon vor fünf und zwanzig Jahren thaten. Damals schwärmten „falsche Freunde“ des Grundbesitzes von einer „Allianz mit dem Kapital,“ jetzt ist sie vollzogen. Damals entstanden die ersten Pfandbriefe, jetzt giebt es deren für fünf Milliarden Mark in Deutschland! Wenn einige große Hypothekenbanken notleidend werden sollten und ihre Hypotheken auf einmal ausgezahlt oder neu beschafft werden müßten, zugleich mit denen der ohnehin zum Zwangsverkauf durch Not gedrängten Gutsbesitzer, so würde das einen furchtbaren Krach auf dem Lande geben. Ist es den Agrariern ernst mit der Börsenreform, so mögen sie eine parlamentarische Untersuchung des Portefeuille und der Schuldner der Pfandbriefbanken durchsetzen. Einige des Kontinents, z. B. Oesterreichs, nehmen selbst an Gründungen teil, andre stehen in intimstem Geschäftsverkehr mit großen Gründerbanken. Sind sie solid, so kann ihnen die Untersuchung nicht schaden.

Die Verschuldung des Grundbesitzes und der Wertpapiere ist durchaus gleichartig in der Beziehung, daß jemand, der 100 000 Mark Kapital besitzt, ein Gut zum Preise von 500 000 Mark kauft, in der Hoffnung, sein Wert werde steigen, und er werde es dann teurer verkaufen können, gerade wie ein Spekulant, der 100 000 Mark besitzt, in derselben Hoffnung Wertpapiere im Werte von 500 000 Mark kauft. Steigen Gut und Wertpapiere um 20 Prozent, so haben sie ihr eignes Kapital von 100 000 Mark verdoppelt, fallen sie um 20 Prozent, so haben beide ihr ganzes Kapital verloren. Beim Grundbesitz dauern diese Abwicklungszeiten so viel Jahre wie bei den Wertpapieren Monate — das ist der ganze Unterschied.

Wien

R. M.

Aus Theodor von Bernhardis Tagebuch. Der fünfte Band von Theodor von Bernhardis Tagebuchblättern (Leipzig, S. Hirzel), der unter dem Sondertitel: Der Streit um die Herzogtümer erschienen ist, zeigt uns den ausgezeichneten Historiker von einer neuen Seite: er ist bestrebt, Einfluß auf die auswärtige Politik zu gewinnen. Den Standpunkt des warmen Patriotismus, den wir in den frühern Bänden kennen gelernt haben, hält er fest, billigt im großen und ganzen die Armeereorganisation, traut aber dem Ministerium Bismarck in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wenig gutes zu. Und wie er sich vorher, ohne im Amte zu stehen oder dem Abgeordnetenhaufe anzugehören, an der innern preußischen Politik dadurch beteiligt hatte, daß er seine Verbindungen in den verschiedensten Berliner Kreisen zur Verbreitung gesunder Anschauungen über militärische Verhältnisse benutzte, sucht er jetzt im Jahre 1863 und im Anfange von 1864, wieder in außeramtlicher und daher unverantwortlicher Stellung, hauptsächlich durch sein Verhältnis zu den Herzogen Ernst von Koburg und Friedrich von Augustenburg, deren Schwächen freilich seinem scharfen Blick nicht entgehen, die Frage der Herzogtümer in einer für Preußen günstigen Weise zu lösen.

So ausgedehnt aber auch seine Verbindungen in der politischen, gelehrten und sonstigen Gesellschaft waren, zu Bismarck hatte er keine Beziehungen: hätte er sie gehabt, so würden sich natürlich zwar auch ihm die letzten Ziele Bismarcks nicht

haben enthüllen können, aber ein Mann von seinem Verstande wäre wenigstens davor bewahrt worden, Bismarck so völlig zu unterschätzen und so gründlich mißzuverstehen, wie er es nach Ausweis seines eignen Tagebuchs gethan hat.

Zum Unglück geriet er noch dazu in eine Vertraulichkeit mit einem Manne, der es sich schon damals zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, Bismarcks Pläne bei jeder Gelegenheit zu durchkreuzen, seine Absichten zu entstellen und ihm, soweit es ihm in seiner ziemlich untergeordneten Stellung möglich war, jedes Vertrauen zu rauben: Heinrich Geffken war damals hanseatischer Ministerresident in Berlin; über seine Thätigkeit im antibismarckischen Sinne giebt das Tagebuch ausführliche Nachricht.

Als Bismarck, heißt es am 5. Januar 1863, Usedom's Vorschläge in der Frage der Herzogtümer ablehnt, dringt Geffken in Usedom, sich ganz aus dem öffentlichen Dienste zurückzuziehen; damit stelle er sich als politischen Charakter hin und eröffne sich eine bedeutende politische Zukunft. Am 14. April weiß Geffken ganz genau, daß Bismarck die Herzogtümer aufgegeben hat und nichts für sie thun will. Am 6. Mai spricht er aus, Bismarck sei so verhaßt, daß der König die Militärvorlagen nach seinem Wunsche durchbringen würde, wenn er nur Bismarck fallen lasse oder entferne.

Mit allen, die Bismarck mit Abneigung betrachten, sucht der rührige Diplomat Fühlung. Am 12. November berichtet er triumphirend über eine Audienz, die er beim König von Belgien gehabt hat: der König glaubt an Erhaltung des Friedens, „wenn nur Herr von Bismarck nicht neue Fehler begeht.“ Wie wohl unterrichtet er sich diesen Abend zeigt, kann man daraus sehen, daß er, als Bernhardi die Sache der Herzogtümer erwähnt, wörtlich sagt: „Daran denkt Bismarck gar nicht: wissen Sie, was er mit der Angelegenheit der Herzogtümer gemacht hat? Er soll die ganze Sache dem kleinen Abeken übergeben und ihm dabei gesagt haben: »Machen Sie damit, was Sie wollen, nur sorgen Sie dafür, daß kein Krieg daraus wird!«“

Diplomaten seines Schlages haben sich freilich stets mehr Unfinn aufbinden lassen als einfache Sterbliche; das tragische dabei ist nur, daß ein Mann von Bernhardi's scharfem Verstande und richtigem Urtheil die Sache nur sehr traurig findet und keinen Zweifel an ihrer Wahrheit äußert. Wer den guten Geheimen Rat Abeken gekannt hat, der wird außerdem die unwiderstehliche Komik der Situation empfinden: Bismarck übergiebt die Angelegenheit, um die sich die gesamte europäische Politik drehte und an der die Zukunft Deutschlands hing, dem zaghaften kleinen Theologen, der in seinem ganzen Leben keine einzige selbständige politische Konzeption gehabt hat! Noch ärger ist Geffken's an Samwer gerichteter Brief vom 4. Dezember 1863, worin es heißt, Bismarck habe sich freiwillig den österreichischen Hemmschuh angelegt.

So schlossen Bernhardi, Dunder und Geffken ein Bündnis zu Gunsten Deutschlands und besonders Schleswig-Holsteins; die innern Angelegenheiten, wenn man so sagen darf, übernahm Dunder, der den Kronprinzen in der richtigen, Bismarck feindlichen Stimmung zu erhalten hatte, in das Äußere teilten sich Geffken und Bernhardi. Geffken ließ es sich besonders angelegen sein, jeden, der außerhalb Berlins von Bedeutung war und hier in Frage kommen konnte, im Interesse der gemeinsamen Sache mobil zu machen.

„Sie sehen, schreibt er in dem erwähnten Briefe an Samwer, es ist Gefahr im Verzuge und nötig, daß der Großherzog (von Baden) kommt; telegraphiren Sie nötigenfalls nochmals bei Empfang dieser Zeilen, daß er Sonntag Morgen hier sein müsse. Ich habe Roggenbach gestern die nötigen Andeutungen über das Verhalten gemacht, das dem König gegenüber zu beobachten ist. Das übrige muß

ich dem Großherzog persönlich sagen; bitten Sie ihn, wenn Sie ihn auf der Durchreise sehen, daß er mich gleich nach seiner Ankunft kommen lasse: ich weiß, daß ich ihn besser als andre au fait setzen kann."

Am folgenden Tage erläßt er folgende kategorische Aufforderung an einen andern Korrespondenten in Gotha: „Fassen Sie die Reise des Weimaraners nur dann ins Auge, wenn der Großherzog von Baden par impossible nicht kommen will; sie dürfen hier nicht zusammentreffen, darin sieht der König Konspiration."

Kurz vorher (24. November) war übrigens Bernhardi nach Düsseldorf gereist, um den Fürsten von Hohenzollern zur Reise nach Berlin zu veranlassen, ohne jedoch seinen Zweck zu erreichen. Im Interesse der gemeinsamen Sache unternimmt er dann noch mehrere Reisen, nach Gotha zum Prinzen Friedrich von Augustenburg, zum König der Belgier und nach England; daß ihm der bei der letztern verfolgte Zweck, die öffentliche Meinung in England über die Frage der Herzogtümer aufzuklären, nicht gelungen ist, wird kaum Wunder nehmen. Übrigens ist die Schilderung dieser Reise und die scharfe Beobachtung der englischen politischen, sozialen und publizistischen Verhältnisse unstreitig der interessanteste Teil des Bandes.

Überhaupt würde man fehlgehen, wenn man aus den obigen, mehr negativen Betrachtungen über Bernhardis Mitteilungen darauf schließen wollte, daß sie uninteressant oder unwichtig wären; im Gegenteil sind sie für die Zeitgeschichte von größter Wichtigkeit, und wenn es für die Freunde des vortrefflichen Geschichtsschreibers einen Trost dafür giebt, daß er sich in jenen Zeiten stark geirrt hat, so kann man ihn vielleicht darin finden, daß dasselbe Los alle Historiker teilen, die von ihm in diesem Bande erwähnt werden: Ranke setzt am 22. Januar 1863 aus einander, daß zu dem Begriffe des wirklichen Königtums durchaus die Legitimität gehört, und weiß ganz genau, daß der Begriff des wirklichen Königtums und das Verständnis dafür unsrer Zeit schon so gut wie verloren gegangen ist: es wird, meint er, am Ende nichts übrig bleiben, als der Radikalismus und der Imperialismus einander gegenüber. Sybel sagt am 11. Mai 1863 dem Kriegsminister von Roon im Abgeordnetenhaus, die einzige patriotische That, die er thun könne, sei, sich zurückzuziehen. Droysen meint am 19. November, wenn die Herzogtümer nicht jetzt vollständig gewonnen würden, so gingen sie für immer verloren: sie geben die Sache verloren, gehen mit Sack und Pack in das dänische Lager über, um auf diese Weise aus einer unerträglichen Lage herauszukommen, und es vergehen nicht vierzig Jahre, so sind sie enragirte Dänen! Dunder weiß am 23. November, daß Bismarck die Erbfolge an ein Austrägalgericht verweisen, verschleppen und zuletzt zu Gunsten Dänemarks entscheiden lassen will, und am 2. Dezember bedauert er, daß keiner der von Geffken zitirten Fürsten hat nach Berlin kommen wollen, denn Bismarck stand zweimal „auf dem Wipp,“ und es hätte nur noch eines geringen Drucks bedurft, ihn zu beseitigen.

Freilich, so wichtig auch Bernhardis Aufzeichnungen für die Zeitgeschichte sein mögen, darf man doch vielleicht die Ausführlichkeit, mit der sie für eine Zeit gegeben werden, in der er keine wichtige politische Rolle spielte, deshalb bedauern, weil dadurch die Mitteilungen aus der Zeit seiner Sendung nach Florenz im Frühjahr 1866 und seines spätern Aufenthalts in Spanien verzögert werden; von wie großer Bedeutung aber gerade das sein muß, was er damals an politischen Bemerkungen niedergeschrieben hat, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

In der Straßenbahn. Der Rektor und der Richter der Universität Halle, die Herren Droysen und Ebbecke, haben unterm 11. November 1895 einen Erlaß

an das Schwarze Brett heften lassen, der sich gegen die Zweikämpfe wendet und den Studenten verbietet, „sich mit unversehrten Wunden auf öffentlichen Straßen, in der Straßenbahn usw. zu zeigen.“ Es ist spaßhaft und schmerzlich zugleich, zu sehen, wie sich eine Sinnwidrigkeit bis zu den Spitzen der Hochschulen verirren kann. Wenn eine höhere Tochter sagt: „Da kommt die Pferdebahn,“ oder ein Laufbursche Sehnsucht hat, in die Straßenbahn zu steigen, so braucht man sich nicht sonderlich zu wundern. Sie nehmen einfach die ruhende Bahn der Schienen statt des Wagens, der darauf rollt, und kürzen den „Pferdebahnwagen“ oder den „Straßenbahnwagen“ durch Abwerfen der beiden letzten Silben ab. „Wir sind in der Pferdebahn gefahren — ich habe mich in die Straßenbahn gesetzt“ und zahlreiche ähnliche Wendungen kann man jeden Augenblick hören. Ja die Leute sagen: „Wir warten auf die Pferdebahn,“ obwohl sie mit beiden Füßen darauf stehen. Daß aber die Würdenträger einer deutschen Hochschule solche Nachlässigkeit in eine amtliche Bekanntmachung aufnehmen, ist doch wohl nicht zu billigen; um so weniger, da voranging: „auf öffentlicher Straße,“ und sie nur hätten fortzufahren brauchen: „der Straßenbahn usw.“ — Übrigens was ist „Halle a. S.“? Was hat das arme d. verbrochen, daß man es unterschlägt? Oder heißt der Fluß jetzt nicht mehr: die Saale?

Papierluxus. Gegen Neujahr pflegen die Zeitungen zur Ablösung der Gratulationspflicht durch Beiträge für wohlthätige Zwecke aufzufordern. Der mitteldeutsche Papierverein bittet dagegen in einem Rundschreiben, solchen Aufforderungen nicht Folge zu leisten, weil der Verzicht auf Neujahrskarten einer „viele tausende von Arbeitern und Gewerbetreibenden beschäftigenden Industrie großen Schaden“ zufüge. Ein neuer Beweis für unsre oft wiederholte Behauptung, daß in einem Lande, wo nicht mehr die Mehrzahl in der Urproduktion untergebracht werden kann, nur der unsinnigste Luxus und eine Menge lästiger Modethorheiten noch den Schein erzeugen können, als ob es für jeden Arbeitsfähigen produktive Arbeit gäbe.



Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 1. Vierteljahr ihres 55. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 9 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Leipzig, im Dezember 1895

Die Verlagshandlung

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig

